

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 03.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale).

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Frau Melanie Ranft	Ausschussvoritzende
Harald Bartl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Vertreter für Herrn Senius
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Annika Seidel-Jähmig	Sachkundige Einwohnerin
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Uwe Stäglin	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Katharina Brederlow	Leiterin Fachbereich Bildung
Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Schule und Service
Uwe Weiske	Sozialplaner
Jürgen Zschocke	Sozialplaner
Jenny Dautermann	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Stefan Malkoc	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ranft eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es lagen keine Anmerkungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2015
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Stadträte Denis Häder, Hendrik Lange, Andreas Schachtschneider, Melanie Ranft und Kay Senius zur technischen Ausstattung von Grundschulen
Vorlage: VI/2015/01324
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zustand der Grundschule Diemitz/Freimfelde
Vorlage: VI/2015/01222
7. Mitteilungen
- 7.1. Familienberichterstattung - Teilbericht Bildung 2015
Vorlage: VI/2015/01181
- 7.2. Information zur Neuregelung der Verfahrensweise zum Zugang zu Schulbesuch von Flüchtlingskindern
- 7.3. Information zu Reinigungsleistungen an Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2015

Herr Schiedung bat um folgende Änderungen:

"**Herr Schiedung** fragte, ob die **Abordnungen** an einzelne Schulen eine Verbesserung der Lehrersituation gebracht hat und ob es eine einheitliche Vertretungsregelung gibt oder jede Schule das eigenständig entscheidet."

"**Herr Schiedung** fragte, ob die **Rücknahme von** Abordnungen an einzelne Schulen eine Verbesserung der Lehrersituation gebracht hat und ob es eine einheitliche Vertretungsregelung gibt oder jede Schule das eigenständig entscheidet."

"**Herr Klieme** nahm zu den einzelnen Fragen Stellung.....3 Absatz
Auf die Frage nach den Abordnungen erklärte er, dass sich diese nicht auf eine Verbesserung der Lehrersituation ausgewirkt haben. 25 Abordnungen seien beendet worden. Dafür war der Umfang zu klein. **Die Gesamtzahl der Abordnungen in Sachsen-Anhalt beträgt ca. 180.....**"

Herr Senger bat um die Erweiterung der Darstellung auf Seite 5 öffentlicher Teil um folgendes: „ Darunter 49 Festeinstellungen und 22 befristete für den Sprachunterricht.

Es lagen keine weiteren Anmerkungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung der so geänderten Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlage: VI/2015/01200

Frau Dr. Radig informierte über zuschussneutrale Änderungen im Ergebnishaushalt in den Produkten Gymnasien und Schülerbeförderung. Ein Betrag von 3.240 Euro wurde von der Schülerbeförderung weggenommen und dem Produkt Gymnasium zugeführt, da der Zuschuss an den Träger des Elisabethgymnasium im Rahmen der Defizitkostenerstattung für die Aufnahme einer weiteren 5. Klasse sich nach der Planaufstellung erhöht hat.

Frau Müller informierte über eine Änderung, die den Standort der 2. IGS betrifft. So wie im Schulentwicklungsplan wird die Ingolstädter Str. 33 Standort.

Es wurden die eingereichten Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen durchgegangen und beantwortet.

Die Fragen und Antworten sind in Session hinterlegt.

Frage 1.

Seit dem 21.10.2015 liegt den Fraktionen hinsichtlich des Haushaltes 2016 die Darstellung der Ansätze für die einzelnen Schulen auf Leistungsebene vor. Wie erklären sich die erheblichen Kürzungen in der Kostenart Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen gegenüber dem Planansatz 2015 bei nahezu allen Schulen? Welche Auswirkungen werden diese Kürzungen haben? Gibt es in der Stadtverwaltung eine Prioritätenliste für wesentliche Maßnahmen an den Schulen im Rahmen der planmäßigen Instandhaltung? Kann diese dem Bildungsausschuss vorgelegt werden?

Herr Heinz sagte,

die Stadtverwaltung ist derzeit technisch noch nicht soweit, für jede Schule leistungsscharf einen tatsächlichen Unterhaltungsbedarf planerisch abzubilden. Der Haushaltsansatz im Gesamtdeckungsbereich bei den Unterhaltungen städtischer Grundstücke ist leicht gestiegen. Kürzungen bei Schulen insgesamt sind nicht vorgesehen.

Herr Schachtschneider fragte nach einem ungefähren Plan für jede Schule.

Herr Heinz sagte, dass für die Instandhaltung schulischer Objekte eine grobe Vorhabenliste bestehe. Diese werde bis zum Finanzausschuss bereitgestellt.

Herr Lange fragte, was die Gründe für Senkungen bei den einzelnen Produkten sind.

Herr Heinz sagte, dass dies an den reinen Bauunterhaltungskosten wie Notreparaturen und Wartungsarbeiten liegt.

Zu Frage 2

Die Antwort ist in Session hinterlegt.

Herr Lange fragte woher die Schwankungen kommen, da die zu zahlenden Beträge vertraglich festgehalten sind.

Herr Bielecke antwortete, dass die vertraglich festgelegten Beträge, Grundlagen für die Ansätze darstellen. 2014 musste weniger bezahlt werden.

Zu Frage 3

Die Antwort ist in Session hinterlegt.

Herr Lange fragte, wieso die Personalkosten im Büro des Beigeordneten Bildung und Soziales steigen.

Die Verwaltung nimmt die Frage mit und gibt eine Beantwortung.

Zu Frage 4

Frau Dr. Radig sagte, dass es im Schülerwohnheim eine veränderte Nutzerstruktur gibt. Schüler des Georg-Cantor Gymnasiums, für die ein höherer Betrag eingenommen werden kann, werden weniger. Es nutzen zunehmend mehr Berufsschüler in der dualen Ausbildung das Wohnheim. Die Erträge sind dabei geringer.

Zu Frage 6

Frau Müller sagte, dass an der Turnhalle Am Steg keine Außensportanlage gebaut wird, da die Fläche nicht ausreicht um die gymnasialen Anforderungen zu erfüllen. Es wird eine Außensportanlage auf dem Schulhof der Grundschule Glaucha gebaut. Die Gymnasiasten können dort Weitsprung und Kugelstoßen ausüben, Laufübungen müssten sie auf einem Vereinssportplatz ausüben. Dies wurde mit dem Schulleiter abgesprochen, welcher damit einverstanden ist.

Herr Schachtschneider äußerte seine Bedenken bezüglich der vielen Laufwege auch im Hinblick auf Wetterbedingungen und den enormen Planungsaufwand.

Frau Müller sagte, dass der Weg zur Sportanlage lediglich über die Straße ist und das Geld für zwei Anlagen nicht reicht. Weiterhin ist es den Grundschulern schlechter zuzumuten, die Sportanlage des Gymnasiums zu nutzen.

Zu Frage 7

Frau Müller sagte, dass die Eigenmittel nicht ausreichen, um noch mehr Schulen aufzunehmen. Für die Auenschule gibt es noch keinen Plan.

Zu Frage 8

Frau Müller sagte, dass die Sanierungsmöglichkeiten bei laufendem Schulbetrieb vorher geprüft werden. Es wird mit dem Schulleiter gesprochen, denn im Vordergrund steht die Sicherheit der Schüler und des Unterrichts. Eine Teilauslagerung ist eine weitere Möglichkeit um Sanierungen vorzunehmen, dies wird z. B. beim Südstadtgymnasium geplant. Hier stehen die Rigaer Str. oder die Ingolstädter Str. als Ausweichobjekte zur Verfügung. Als Ausweichobjekte gibt es daneben die Dölauer Str. sowie die Ottostraße.

Herr Lange fragte nach der Berechnungsgrundlage für die Zahlen der einzelnen Grundschulen.

Frau Quillitzsch sagte, dass es sich bei den Zahlen auf Produktebene, um den Zuschussbedarf insgesamt handelt. Dieser beinhaltet die Personalkosten, die Bauunterhaltung, Betriebskosten sowie das Sachkostenbudget.

Die Verwaltung sicherte die Bereitstellung der Berechnungsgrundlage insbesondere den Basissatz pro Schüler für das Schulbudget für jede Schulform zu.

Herr Schachtschneider fragte, wieso die Grundschule Dölau einen geringeren Planansatz für 2016 aufweist als in 2014 und die PPP sanierte Schule am Heiderand einen höheren Planansatz.

Frau Quillitzsch sagte, dass im Ist 2014 Abschreibungen enthalten sind und dadurch die Summen höher sind. In der Planung 2016 sind diese nicht enthalten.

Herr Senger fragte, wo die Einnahmen aus den Photovoltaikanlagen der Schulen „Hans Christian Andersen“, „Albrecht Dürer“ und am Kirchteich zu finden sind. (Seite 985)

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Herr Schachtschneider fragte nach den Gründen für die unterschiedlichen Overhead Abschreibungen in den verschiedenen Schulformen. (Seite 1000)

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Herr Senger fragte, wieso bei der Gemeinschaftsschule Kastanienallee in 2016 weniger geplant ist als in den Vorjahren.

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Herr Schiedung fragte nach dem Zustandekommen der unterschiedlichen Fernmeldegebühren in den verschiedenen Schulen.

Herr Bielecke sagte, dass der Anschluss von manchen Schulen sehr aufwändig war, da es z. B. in Halle Neustadt keine preiswerte Anschlussmöglichkeit gab.

Herr Lange ergänzte, dass manche Schulen über Mobilfunk am Internet angeschlossen sind.

Herr Schachtschneider fragte aus welchen Gründen in den Personalaufwendungen eine Senkung zu verzeichnen ist. (Seite 1011)

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Herr Lange fragte, ob der zu zahlende Betrag trotz steigender Schülerzahlen für Schülerzeitkarten gleich bleibt.

Frau Dr. Radig sagte, dass der Vertrag mit der HAVAG für die Schülerzeitkarten eine Obergrenze von 5999 Karten hat. Die steigenden Schülerzahlen wirken sich nicht kostensteigernd aus.

Herr Senger fragte, wieso die Personalkosten bei der Schülerbeförderung steigen. (Seite 1018)

Frau Quillitzsch sagte, dass dies mit den Personalumlagen auf die Produkte zu tun hat.

Herr Lange fragte, wieso bei der Zooschule, bei der Botanik Schule und bei Jugend trainiert für Olympia weniger Kosten in 2016 geplant werden als 2015.

Frau Dr. Radig antwortete, dass dies mit den Ist Verbräuchen im Jahr 2014 zusammen hängt. Die geringfügigen Kürzungen führen zu keiner Einschränkung im Leistungsangebot.

Frau Müller verwies darauf, dass manche Überschriften nicht eindeutig sind und diese nochmals überarbeitet werden.

Herr Schiedung fragte, nach dem Vorhaben für das Thomas-Müntzer-Gymnasium einen separaten Speiseraum zu bauen.. Er verwies auf eine bisherige Planung mit 1,5 Millionen €.

Frau Brederlow sagte, dass auf der Prioritätenliste dies nicht aus eigenen Mitteln finanzierbar ist und andere Objekte dringender sind.

Herr Lange fragte, was mit den dafür geplanten 500.000 Euro Eigenmitteln passiert ist.

Frau Müller sagte, dass die 500.000 Euro auf drei Schulen verteilt wurden - Neues Gymnasium, Universitätsring 21 und Glaucha Schule.

Herr Lange fragte, wieso das Elisabethgymnasium Geld von der Stadt erhält.

Frau Dr. Radig sagte, dass sich im Rahmen der Verhandlungen mit dem Schulträger zur

Herr Senger sagte, dass die Umsetzung durch die Lehrer nicht möglich ist. Aus der Ferne sollte die Tür ebenfalls nicht geöffnet werden, da nicht sichergestellt werden kann, zu überprüfen wer sich Zutritt zur Schule verschafft.

Frau Ranft fragte nach der Aufsichtspflicht.

Herr Senger sagte, dass die Eltern so lange die Aufsichtspflicht innehaben, bis das Kind das Schulgelände betritt.

Herr Häder schlug vor, andere technische Möglichkeiten zu prüfen. Es könnte mit Kameratechnik gearbeitet werden, so dass aus der Ferne durch einen Pförtner zum Beispiel die Tür geöffnet wird.

Herr Kneissl sagte, dass er von der Verwaltung einen anderen Vorschlag erwartet, der jedoch nicht auf den Schultern der Lehrer ausgetragen wird. Neben Schülern, welche klingeln, gibt es noch Paketdienste sowie Monteure. Die Türöffnung kann nicht durch die Lehrer abgedeckt werden.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Grundschulen, bei welchen die Schulsekretariate nicht ständig besetzt sind, unverzüglich technisch so auszustatten, dass außerhalb der Pausenzeiten eintreffende Schüler bemerkt und ihnen die Tür geöffnet werden kann.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zustand der Grundschule Diemitz/Freiimfelde
Vorlage: VI/2015/01222**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 7 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

**zu 7.1 Familienberichterstattung - Teilbericht Bildung 2015
Vorlage: VI/2015/01181**

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und wird in Zusammenhang mit dem Bildungskonzept nochmals besprochen.

zu 7.2 Information zur Neuregelung der Verfahrensweise zum Zugang zu Schulbesuch von Flüchtlingskindern

Frau Ranft fragte nach den Gründen für die Abweichung von den Einzugsgebieten bei der Schulzuweisung.

Frau Dr. Radig sagte, dass abgewichen wird, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen.

zu 7.3 Information zu Reinigungsleistungen an Schulen

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Heinz sprach zu dem Thema Reinigungsleistungen an Schulen.

Herr Kneissl wies darauf hin, dass das Lehrerzimmer auch nur noch einmal pro Woche gereinigt wird und die Mülleimer in den Klassenräumen nur noch einmal geleert werden.

Herr Heinz wies darauf hin, dass bei den PPP- Schulen die Reinigung wie bisher geblieben ist und in Schulen, die am Schulobstprogramm teilnehmen, gibt es ebenso eine Sonderregelung, aufgrund des Bioabfalls.

Herr Slowig fragte ob die DIN nur für den Schulbereich gilt oder auch für andere Bereiche.

Herr Heinz sagte, dass die DIN nur für den Schulbereich gilt. In Verwaltungsgebäuden wird weniger gereinigt. Diese Neuregelung der Reinigungsleistungen erfolgte vor dem Hintergrund notwendiger Haushaltseinsparungen.

Die Verwaltung nahm das Thema Papierkorbentleerung auf und sicherte die Bereitstellung der Liste über die Vereinbarungen in den verschiedenen Schulen zu.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Senger, fragte mit Bezug auf die Antwort der Verwaltung zur Notwendigkeit der Ausschreibungspflicht für Schließfächer in Schulen, ob die Schließfächer weiterhin als notwendige Schulausstattung betrachtet werden, die durch den Schulträger zu tragen sind.

Frau Brederlow sagte, dass die Ausschreibungspflicht im Rahmen einer Dienstleistungskonzession durch die Verwaltung festgestellt wurde. Eine notwendige

Ausstattung zu Lasten des Schulträgers sei damit nicht verbunden. Die Verwaltung wird die Rechtsposition zur Ausschreibung nochmals überprüfen.

Herr Scherer bat nochmalig um die Verteilung von Handzetteln bei den Kitaträgern. Er fragte, ob die Außensportanlage an der Grundschule Glaucha für eine öffentliche Nutzung vorgesehen ist.

Frau Brederlow sagte, dass diese nicht für die öffentliche Nutzung vorgesehen ist.

Herr Senger fragte, ob das Landesverwaltungsamt Regressforderungen gegen die Stadt zu stellen plant, weil das Pädagogische Konzept der IGS bei Sanierung nicht umgesetzt wurde.

Frau Brederlow sagte, dass es seitens des Schulleiters solch eine Information gab. Es gab ein Gespräch mit dem Landesschulamt dazu, dass es diesen Hinweis gibt, dass das Schulkonzept dem Entgegenpricht. Intern wurde dies nochmals geprüft und es gibt Gesprächsbedarf mit dem Fördermittelgeber.

Herr Lange fragte, bis wann die Schulentwicklungsplanung angepasst sein muss, wenn das mit der IGS nicht so klappt, wie es geplant ist.

Frau Brederlow sagte, dass die Schulentwicklungsplanung bis 31.12. für das Folgejahr beschlossen sein müsste..

zu 9 **Anregungen**

Anregungen lagen nicht vor.

Frau Ranft beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellvertretende Protokollführerin